

Alexander Grau



Das Porträt: Petra Gehring

Dr. Petra Gehring ist Professorin für Theoretische Philosophie. Nach dem Studium in Gießen, Marburg und Bochum wurde sie 1992 promoviert und im Jahr 2000 habilitiert. Seit 2002 hat sie eine Professur an der Technischen Universität Darmstadt inne. Gehring leitet den Rat für Informationsinfrastrukturen (RfII) der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) des Bundes und der Länder. Sie ist zudem Mitglied im Evaluationsausschuss des Wissenschaftsrates und leitet seit April 2020 das hessische Zentrum verantwortungsbewusste Digitalisierung (ZEVEDI).

Modernen Gesellschaften wird gerne vorgeworfen, sie würden den Tod verdrängen. Und in gewissem Sinne ist das sicher nicht falsch. Dass Angehörige im Kreise der Familie im heimischen Bett entschlafen, ist inzwischen eher die Ausnahme als die Regel. Auch die traditionelle Totenwache gehört nicht mehr zu den gängigen Erfahrungen eines Menschen der bundesdeutschen Gesellschaft. Gestorben wird in der Regel im Krankenhaus oder im Pflegeheim. Sterbende werden in Hospize überwiesen. Der Mensch der Moderne hat mit dem Sterben im Alltag kaum zu tun.

„Entsprechend“, erklärt Petra Gehring, „sehen wir ein Verblasen des großen Namens ‚Tod‘. Stattdessen sprechen wir von Lebensende oder Lebensendfragen.“ Mit dem Beginn der Moderne vor etwa 200 Jahren habe sich die bis dahin christlich geprägte Wirklichkeit stark verändert. Einhergehend mit dem technischen und industriellen Wandel habe sich der Blick des Menschen in die Zukunft gerichtet. Fortschritt und Nutzen Gesichtspunkte seien mehr und mehr in den Vordergrund getreten. „Im Zuge dieser Veränderungen“, so Gehring, „wird der Tod zur letzten Etappe eines Lebenslaufes, zu etwas sehr Diesseitigem, das auch gestaltbar und für Dienstleistungen zugänglich ist.“

Vom Tod zum Sterben

Petra Gehring ist Professorin für Philosophie an der Technischen Universität Darmstadt. Nach dem Studium der Philosophie, Politologie und Rechtswissenschaft in Gießen, Marburg und Bochum wurde sie bei Bernhard Waldenfels promoviert, im Jahr 2000 habilitiert. Neben klassischen Fragen der Theoretischen Philosophie – Sprache, Text, Zeichen – befasst sie sich mit Technikphilosophie, Bio- und Digitaltechnologien. „Zudem interessiere ich mich seit Längerem für den Wandel im Bereich der Leitdifferenz lebendig/tot“, erklärt die Wissenschaftlerin, „also für die wissenschafts-, sozial-, diskurs- und technikgeschichtlichen Entwicklungen in den Bereichen Biopolitik, Biomedizin und Biotechniken.“ Hier sei der Wandel, den wir seit dem Beginn der Moderne erlebten, dramatisch. Auf individueller Ebene zeigten sich diese kulturellen Umformungsprozesse an einer Verschiebung der Ängste vom Tod auf

das Sterben. „Soziologische Studien zeigen immer wieder, dass der Fokus der Sorge der Menschen mit Blick auf ihr Lebensende sich weniger auf den Tod und das Jenseits richtet als vielmehr auf den Sterbeprozess.“

Dass für diese Verschiebungen ausschließlich Säkularisierungsprozesse verantwortlich sind, bezweifelt die Philosophin. „Im gewissen Sinne ist die Vorstellung, dass da gar nichts ist, ja noch beunruhigender als die Idee eines wie immer gearteten Jenseits.“ Vielmehr könne man eher von einem Verblasen des Faktums Tod sprechen. „Es handelt sich“, so Gehring weiter, „auch nicht um eine Art Verdrängung. Das klingt zu psychologisierend nach Kompensation von Ängsten. Der Tod wird vielmehr ausgeblendet. Wir lenken uns ab vom Faktum unserer Endlichkeit.“

Wenn allerdings, etwa im Falle einer bedrohlichen Krankheitsdiagnose, die eigene Endlichkeit in das Leben hineinbreche, sei das heute genauso beunruhigend wie in früheren Zeiten. Die Idee, dass es lediglich um ein Lebensende gehe, das man irgendwie organisieren müsse, beherrsche zwar die alltäglichen Normaldiskurse. „Wenn wir dann aber tatsächlich jemanden verlieren oder selbst vom Tod bedroht sind, sieht die Sache plötzlich ganz anders aus.“

Letzteres sehe man auch an den vielen traditionsarmen und vorher uneingeübten Versuchen zu trauern, die zunehmend charakteristisch für unsere Gesellschaften seien. Die Trauer werde individualisiert. Massenmedien pendelten wiederum zwischen konsequentem Ablenden und übersteigter Inszenierung. „Zum Tod und zu toten Körpern“, so Gehring, „haben wir erstaunlich wenig Bezüge. Wir konzentrieren uns auf das Leben.“

In der damit einhergehenden Aufwertung der Sterbevorsorge, etwa durch Patientenverfügungen, sieht die Philosophin den Versuch, Erwartungen und Hoffnungen unseres vermeintlich todesfreien Alltags auf unser Ableben zu übertragen. „Es ist ein Zug der Moderne, das menschliche Leben als verwertbare Entität zu begreifen, als etwas, woraus man bis zur letzten Minute etwas machen kann, ja machen muss.“ Im Vorfeld des Todes und bis hin zur Weitergabe von Körperteilen oder der Inanspruchnahme von Sterbehilfe durch die Medizin bewiese sich der moderne Mensch – so suggeriere es auch die Bioethik – seine Autonomie und Autarkie.

„Diese Autonomie-Semantik, die unser Sprechen über das Sterben und den Tod prägt“, betont Gehring, „hat etwas Surreales. Denn das Schicksal, zu erkranken und versorgt werden zu müssen, lässt sich nur sehr begrenzt in Vorstellungen einer kompletten Autonomie und Entscheidungsfreiheit bis zur letzten Minute übersetzen.“ Es lasse sich durchaus vermuten, so die Wissenschaftlerin, dass wir heute unfähig seien, uns einzugestehen, dass eine Autonomie für jede Minute des eigenen Lebens nicht realisierbar sei.

Insbesondere jüngere Menschen, die persönlich noch weit von eventuellen Todeserfahrungen entfernt seien, verteidigten diesen Kontrollanspruch, die Idee einer Beherrschbarkeit des Todes, energisch.

„Etwas überspitzt formuliert“, fasst Petra Gehring zusammen, „behandelt man das Sterben wie einen Bestellkauf, wo man den gewünschten Ablauf auf einem Formular nur noch ankreuzen muss.“ Vieles daran bleibe aber Illusion. Patientenverfügungen bannten ja nicht die elementare Dimension und auch nicht die Unvorhersehbarkeit dessen, was man sterbend erlebe. „Im Grunde sind diese Formulare ein Fetisch.“ Letztlich bleibe unser Umgang mit dem Sterben Ausdruck einer Hilflosigkeit und des Wunsches, dass es diese Hilflosigkeit eben nicht geben solle.

Seuchenbekämpfung versus Autonomiediskurs

Diese Hilflosigkeit angesichts von Tod, Sterben und Krankheit wurde insbesondere während der Coronapandemie manifest. „Allerdings plädiere ich in diesem Zusammenhang für eine gewisse Deutungsdemut“, betont Petra Gehring. „Zunächst wirbelten alle möglichen Deutungen der Krise ziemlich durcheinander und die Großtheoretiker waren schnell am Start.“ Interessant sei allerdings gewesen, dass die Debatten rund um die Pandemiebekämpfung und für Impfungen zunächst nicht als Verlängerung der üblichen Gesundheitssemantik und der Verpflichtung zum gesunden Leben aufgetreten seien. Auch Diagnosen, dass mit den Pandemiemaßnahmen ein „biopoli-

tisches“ Regime über uns ausgebreitet werde, hält sie daher für nicht evident: „Aus meiner Sicht hat sich 2020 vielmehr ein sehr traditioneller und klassischer Seuchendiskurs entfaltet. Im Mittelpunkt stand nicht die Frage nach der Gesundheit des Einzelnen, sondern das Problem der kollektiven Gefahrenabwehr, nämlich wie man die Epidemie eindämmt.“

Das eigentlich Erstaunliche an den Coronadebatten, so Gehring, sei für sie somit ihr eher vormoderner Charakter gewesen. Mit einem Mal hätten zunächst nicht individuelles Wohlergehen oder Autonomie im Vordergrund gestanden, sondern Maßnahmen des Kampfes gegen die Seuche. „Da tauchen dann Fragen und Diskurse auf, die wir schon aus den großen Pestepidemien des Mittelalters kennen. Mit Produktion von Vitalität oder Verbesserungen bzw. Enhancement am eigenen Körper oder Eugenik, also typischen biopolitischen Themen, hat das wenig zu tun.“

Ein äußerst individualisierter Autonomie-Diskurs moderner Prägung sei im Kontext von Corona eigentlich erst mit der Bewegung der Impfgegner aufgekommen. „Diese benutzen eher ein modernes Diskursschema der eigenen Vitalität, das hier allerdings in missverständlicher Weise auf eine Infektionsgefahr angewandt wird“, hebt Gehring hervor. Interessant sei, dass die öffentliche Debatte in den Medien und der Politik schnell das moderne Deutungsschema übernommen habe. Zwischen ihm und dem traditionellen Zusammenrücken in der Gefahr schwanke der Pandemieabwehr-Diskurs inzwischen hin und her.

Insbesondere die Impfverweigerung könne man, so Gehring weiter, als Ausdruck einer radikal anarchistischen Naturzustandsidee verstehen. Zugleich werde eine antistaatliche, libertäre Geste bemüht. „Ich selbst sehe diese Haltung durchaus auch als Sieg eines Body- und Fitnesswahns, der einem naiven Selbstvervollkommnungsbedürfnis entspringt.“ Auch Selbstoptimierung habe schließlich eine soziale Komponente: Sie sei Abwendung vom anderen. Das werde allzu häufig übersehen.

»Der klassische Rundfunk spielte in der Pandemie plötzlich wieder eine wichtige Rolle. Es war die große Stunde des Hörens. Wir haben wieder gelernt, Stimmen zu vertrauen.«

Das Private ist politisch

Eine wichtige Rolle für den Ausgleich zwischen persönlichem Interesse und Allgemeinwohl könnten die Medien spielen. Doch die hätten während der Pandemie ihre Aufgabe der Informationsvermittlung zumindest in Europa sehr unterschiedlich wahrgenommen. „In nicht wenigen europäischen Ländern“, so Petra Gehring, „hat man, nach allem was von dort zu hören ist, insbesondere zu Beginn der Krise sehr viel Verharmlosungsrhetorik erlebt. Begründete Befürchtungen wurden zurückgewiesen, stattdessen wurde vertröstet, das werde schon alles funktionieren. Versagende Institutionen wurden schönegeredet. Im Vergleich dazu habe ich den Eindruck, dass wir es in Deutschland nicht schlecht getroffen haben.“ Das Prinzip, präzise Zahlen und Fachwissen zur Verfügung zu stellen, sei hierzulande gut umgesetzt worden. „Ich fand es dabei sehr interessant“, ergänzt Gehring, „dass der klassische Rundfunk in der Pandemie plötzlich wieder eine wichtige Rolle spielte. Es war die große Stunde des Hörens. Wir haben wieder gelernt, Stimmen zu vertrauen.“

Im Internet sei hingegen mitunter die Chance vertan worden, der Komplexität der Materie gerecht zu werden. Nicht zuletzt die Tatsache, dass dort die Kürze der Nachrichten zähle, sei in Überforderungslagen problematisch. „Dass Netzkommunikation so selten gründlich ist, darf man nicht allein auf die technischen Bedingungen schieben“, betont Petra Gehring. „Jedes digitale Medium, das ich kenne, könnte rein technisch gesehen ja auch ausführlich berichten. Es liegt nicht an der Technik. Es sind die vorsätzlich gesteuerten Wahrnehmungsintervalle, die für Oberflächlichkeit sorgen, da Beschleunigung Traffic bringt, Klickzahlen und Geld.“ Die verkürzte, schlagwortartige Berichterstattung sei Produkt eines digitalen Kapitalismus, nicht der digitalen Technologie. „Die Gewohnheiten der Mediennutzer werden zugerichtet durch einen digital ‚performierten‘ Mainstream und durch Formate, die Medien machen. Da könnten private wie öffentliche Medien auch gegensteuern. Sie tun es aber nicht.“

Doch nicht nur digitale Medien nehmen Einfluss auf unser Denken und Handeln. Auch anonyme Datenströme formieren unsere Gesellschaft. Hier setzt das Zentrum verantwortungsbewusste Digitalisierung (ZEVEDI) an, das Petra Gehring leitet. Das ZEVEDI bündelt als Forschungsnetzwerk die wissenschaftliche Expertise an hessischen Hochschulen zu Fragen des digitalen Wandels. Es möchte „Verantwortung als wichtigen Gesichtspunkt von Technologieentwicklung wie auch von Fragen der Steuerung des digitalen Wandels konkretisieren, reflektieren und umsetzbar“ machen, wie es auf der Homepage des Zentrums heißt.

Im Mittelpunkt stehen dabei nicht nur klassische Themen wie Datenschutz und Persönlichkeitsrechte, sondern die normative Organisation von Datenhandeln. „Das klingt etwas abstrakt“, räumt Petra Gehring ein, „aber uns geht es ganz grundlegend um die Beschaffenheit von Datenströmen, um Verwertungsstrategien und die Analysierbarkeit großer Datenmengen und deren Randbedingungen“. Der Fokus liege

dabei weniger auf personenbezogenen Daten, mit welchen der Umgang noch vergleichsweise gut reguliert sei, sondern beispielsweise auf Maschine-zu-Maschine-Daten oder Daten und Informationsbeständen, die nicht unmittelbar Wissen über Individuen enthalten, deren Auswertung die Gestaltung unserer Lebenswelt aber ganz unmittelbar betrifft.

„Man muss sich klarmachen, dass man durch die Auswertung auch anonymer Daten Antworten auf gesellschaftliche Zustände entwickeln kann, die eine Gesellschaft im großen Maßstab verändern und gestalten, ohne dass Datenschutzbelange des Einzelnen betroffen sind“. Ein gutes Beispiel hierfür seien Finanzdaten. „Selbst, wenn man deren Auswertung komplett anonymisiert, kann man immer noch Massendaten über Finanzbewegungen im großen Stil auswerten. Die Frage ist: Wem gehören diese Daten? Was darf man mit diesen Daten machen? Darf man mit ihnen handeln? Darf man sie kopieren?“

Daten würden beispielsweise Gruppen der Bevölkerung betreffen und deren charakteristische Verhaltensmuster, die dann sehr wohl für den Einzelnen relevant werden, etwa den typischen säumigen Zahler. „Uns im Zentrum geht es dabei nicht nur um Ethik, sondern um konkrete rechtliche Fragen.“

Der Umgang mit Daten, so Gehring weiter, werde generell zu individualistisch gedacht. Das betreffe die Idee von einem Individuum als „Dateneigentümer“, als Manager und Vermarkter seiner Persönlichkeitsdaten. „Wir kämen, wollte man durch Dateneigentum Datenschutzprobleme lösen, in einen Wettlauf der Selbstvermarktung von Individuen, die ihr eigenes Kapital in Form von Datenspuren bei sich tragen und produzieren. Mit einer am Gemeinwohl orientierten Demokratie wäre das nicht vereinbar.“

Letztlich verhalte es sich mit dem Datenhandel ähnlich wie mit dem Impfschutz. Individuelles Handeln gestalte immer auch eine Gesellschaft mit: „Das Private ist politisch, könnte man sagen.“



Dr. Alexander Grau arbeitet als freier Kultur- und Wissenschaftsjournalist u. a. für „Cicero“, „NZZ“ und den Deutschlandfunk.